

# SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
<b>Rat der Stadt Schwelm</b>		
Sitzungsort <b>Gustav-Heinemann-Schule, Holthausstraße 15, 58332 Schwelm</b>		
Datum <b>29.11.2012</b>	Beginn <b>17:00 Uhr</b>	Ende <b>20:00 Uhr</b>

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

## Mitglieder

Kick, Hans-Werner  
Kirschner, Thorsten ab 17:03 Uhr - TOP A 1  
Lotz, Katharina ab 17:05 Uhr - TOP A 4  
Oehl, Heinz  
Orentat-Steding, Ingrid  
Philipp, Gerd E.  
Schier, Klaus Peter  
Schwabe, Bernd Ulrich  
Tempel, Gabriele  
Werner, Gudrun  
Flüshöh, Oliver  
Grothoff-Blum, Christian  
Grüntker, Hermann  
Heinemann, Manfred  
Hens, Bernd  
Kampschulte, Matthias  
Nockemann, Frank  
Rüttershoff, Heinz-Joachim  
Rüttershoff, Karen  
Steuernagel, Rolf  
Zeilert, Hans-Jürgen  
Dilly, Mike ab 17:42 Uhr - TOP A 11  
Poschmann, Jan  
Schwunk, Michael  
Stark, Wolfgang  
Gießwein, Brigitta  
Gießwein, Marcel  
Rindermann, Horst bis 19:42 Uhr - TOP A 26  
Weidenfeld, Uwe  
Garn, Elke  
Kranz, Jürgen  
Feldmann, Jürgen  
Lubitz, Eleonore  
Bockelmann, Christian Dr.  
Siepman, Ernst Walter

## **Vorsitzender**

Stobbe, Jochen

## **stellv. Vorsitzende**

Ferrara, Santo  
Hortolani, Frauke Dr.  
Sartor, Christiane

## **Sitzungsteilnehmer/innen von der TBS AÖR**

Flocke, Markus

## **Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung**

Eibert, Peter  
Guthier, Wilfried  
Heringhaus, Petra  
Klos, Karlheinz  
Lethmate, Egbert  
Mollenkott, Marion  
Rudolph, Heike  
Rüth, Christian  
Schweinsberg, Ralf  
Sormund, Frank  
Striebeck, Thomas  
Tolksdorf, Andreas  
Weidner, Gabriele

## **Schriftführer/in**

Söhner, Edeltraud

## **A Öffentliche Tagesordnung**

- |    |  |            |
|----|--|------------|
| 1  | Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n  |            |
| 2  | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit   |            |
| 3  | Genehmigung der Niederschrift der letzten Ratssitzung vom 25.10.2012   |            |
| 4  | Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung   |            |
| 5  | Mitteilungen des Bürgermeisters  |            |
| 6  | Bestellung eines neuen stellv. stimmberechtigten Mitglieds   | 240/2012   |
| 7  | Bestellung eines neuen beratenden Mitglieds  | 239/2012   |
| 8  | Berufung eines/r ausländischen Mitbürgers/in als sachkundige/r Einwohner/in im Jugendhilfeausschuss  | 216/2012   |
| 9  | Ausschussumbesetzung   | 252/2012/1 |
| 10 | Bürgerantrag gem. § 24 GO NRW-<br>Unterschriftensammlung für die Wiederherstellung der alten Einbahnstraßenregelung der Bismarckstraße           | 213/2012/1 |
| 11 | Schwelm - Stadt der Nachbarschaften; Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 28.11.2012  | 189/2012/1 |
| 12 | Errichtung von zwei Mehrfamilienwohnhäusern<br>Döinghauser Straße - Antrag der FDP-Fraktion vom 06.07.2012<br>Bebauungsplan "Parkfläche sichern" | 193/2012   |
| 13 | Entwicklung Baugebiet Winterberg   |            |
| 14 | Aufgabenanalyse Stadtgrün  | 228/2012   |
| 15 | Verwendung des Jahresüberschusses der Städt. Sparkasse zu Schwelm aus dem Geschäftsjahr 2011   | 149/2012   |
| 16 | Liquiditätskredite 2012  | 169/2012/2 |
| 17 | Satzung der Stadt Schwelm über die Festsetzung des Höchstbetrages der Kredite zur Liquiditätssicherung für das Haushaltsjahr 2013                | 243/2012   |
| 18 | Beteiligung der Wirtschaftsförderungsagentur Ennepe-Ruhr GmbH an der agentur mark GmbH   | 178/2012   |

19	Feststellung des Jahresabschlusses 2008 und Entlastung des Bürgermeisters	227/2012
20	Einsparvorschläge der Fraktionen	236/2012
21	Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen im Produkt 08.01.01 - "Eigene Sportstätten"	202/2012
22	Beratungsergebnisse der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) NRW im Rahmen des "Stärkungspaktes Stadtfinanzen"	251/2012
23	Gesellschaft für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung Schwelm - GmbH & Co. KG bzw. Beteiligungsgesellschaft mbH - Wahl eines Wirtschaftsprüfers	246/2012
24	Konzept Frühe Hilfen/Präventionsketten	161/2012
25	Einrichtung einer begleiteten Krabbelgruppe als präventive Maßnahme im Bereich der Frühen Hilfen	186/2012
26	Regionaler Konsens zur Errichtung einer Sekundarschule in Ennepetal	255/2012
27	Bewilligung einer überplanmäßigen Ausgabe	242/2012
28	Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen im Produkt 01.01.13 - "Gebäudemanagement"	219/2012
29	Haushaltsüberschreitung für die Haushaltsstelle 06.03.04.533200 "Eingliederungshilfe in Einrichtungen"	237/2012
30	Haushaltsüberschreitung für die Haushaltsstelle 06.01.04.533100 –Soziale Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen-	238/2012
31	Vermietung des städtischen Bühnenmobils	215/2012
32	a) Jahresabschluss 2011 der Technischen Betriebe Schwelm AöR (nur Verwaltungsrat) b) Ausübung des Weisungsrechtes gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Finanzausschuss und Rat)	123/2012
33	a) 6. Nachtrag zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Schwelm (nur Verwaltungsrat) b) Beschluss über die Ausübung des Weisungsrechtes gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Finanzausschuss und Rat)	206/2012

- |      |   |            |
|------|---|------------|
| 34   | a) 1. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren in der Stadt Schwelm (nur Verwaltungsrat)<br>b) Beschluss über die Ausübung des Weisungsrechts gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Finanzausschuss und Rat) | 207/2012   |
| 35   | a) 6. Nachtrag zur Gebührensatzung für die Abfallwirtschaft in der Stadt Schwelm (nur Verwaltungsrat)<br>b) Beschluss über die Ausübung des Weisungsrechts gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Finanzausschuss und Rat)       | 230/2012/1 |
| 36   | a) Neufassung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Schwelm (nur Verwaltungsrat)<br>b) Beschluss über die Ausübung des Weisungsrechts gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Finanzausschuss und Rat)               | 232/2012   |
| 37   | Erlass einer Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer (Änderungssatzung)   |            |
| 38   | Haushaltssatzung, Sanierungsplan mit Fortschreibung des Personalwirtschaftskonzeptes, sowie Haushaltsplan mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2013  |            |
| 38.1 | Mitteilungen  |            |
| 39   | Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung   |            |

## A Öffentliche Tagesordnung

<b>1</b>	<b>Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n</b>	
----------	--	--

Bürgermeister Stobbe begrüßt alle Anwesenden zur heutigen Ratssitzung.

Zuerst bittet Herr Stobbe alle Anwesenden, sich von ihren Plätzen zu erheben und gedenkt in einer würdigen Rede des ehemaligen Schwelmer Bürgermeisters Rainer Döring, der nach kurzer schwerer Krankheit am 24.10.2012 verstorben ist. Auf Wunsch der Familie habe man erst nach der Beisetzung Kenntnis von dessen Tod erhalten.

Anschließend spricht Herr Stobbe Herrn Schweinsberg zu dessen 50. Geburtstag nachträglich seine Glückwünsche aus.

<b>2</b>	<b>Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit</b>	
----------	---	--

Danach stellt er die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Zur Tagesordnung gibt er nachstehende beabsichtigte Ergänzung bzw. Änderungen bekannt:

### **HINZUKOMMENDE VORLAGE / TOP:**

#### **neu A 26 - VL 255/2012**

„Regionaler Konsens zur Errichtung einer Sekundarschule in Ennepetal“

### **AUSZUTAUSCHENDE VORLAGEN:**

#### **neu A 9 - VL 252/2012/1** (ersetzt VL 252/2012)

„Ausschussumbesetzung“

#### **neu A 11 - VL 189/2012/1** (ersetzt VL 189/2012)

„Schwelm - Stadt der Nachbarschaften; Ergänzungs-Antrag der CDU-Fraktion vom 28.11.2012“

Anschließend ruft er zur Abstimmung über die vorgeschlagenen Ergänzungen / Änderungen der Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

<b>3</b>	<b>Genehmigung der Niederschrift der letzten Ratssitzung vom 25.10.2012</b>	
----------	---	--

Die Niederschrift wird genehmigt !

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

<b>4</b>	<b>Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung</b>	
----------	---	--

Herr Treimer trägt eine Frage zum Bauvorhaben im Park der Döinghauser Straße vor. Die Beschlussvorlage der Verwaltung enthalte kein Wort darüber, dass sich das Stadtklima durch das Bauvorhaben negativ verändern könnte. Er erkundigt sich, ob die Verwaltung über Fakten verfüge, dass sich das Klima verändern oder nicht verändern werde.

Als zweites bezieht er sich auf die Situation in der Grothestraße und bittet um Auskunft, ob für die beiden vorgenannten Bauvorhaben Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen geplant seien?

Herr Betz verweist ebenfalls auf das geplante Bauvorhaben in der Döinghauser Straße und merkt an, dass es sich dort nicht um ein ausgewiesenes Baugebiet handle. Er erkundigt sich, ob der Investor für den Fall, dass der Rat eine Bebauung ablehnen würde, eine solche über den Klageweg erreichen könne und ob die Verwaltung mit dem Eingang einer dahingehenden Klage rechnen müsse und das Bauvorhaben daher vorsichtshalber genehmige?

Frau Wiesbrock fragt mit Blick auf den im Park befindlichen Friedhof und Hinweis auf die besonderen rechtlichen Regelungen für derartige Friedhöfe (z.B. Zeitpunkt der letzten Bestattung), ob dies geprüft worden sei.

Frau Stefanie Gohari-Bansemir hat sich Gedanken zu der Verkehrsregelung in dem betroffenen Bereich gemacht und befürchtet dahingehende Probleme.

Herr Lethmate – Mitarbeiter des Fachbereiches Stadtentwicklung – antwortet zur Frage des Herrn Treimer, dass es richtig sei, dass der Park dort eine wichtige klimatische Funktion habe und als Ausgleichsraum für den Innenstadtbereich wirke. Die klimatische Bedeutung müsse jedoch zu den dort verfolgten öffentlichen Belangen ins Verhältnis gesetzt werden. Es fallen lediglich 10 % des Bereiches der Bebauung zum Opfer. Nach Abwägung sei die Verwaltung der Auffassung, dass der Verlust vertretbar sei.

Im Schreiben des Vereins für Heimatkunde werde die Belüftung der Innenstadt durch die Parkanlage an der Döinghauser Straße erwähnt. Herr Lethmate relativiert diesen Aspekt der geplanten Bebauung in derart, dass die Belüftung an der Döinghauser Straße bereits durch das Feierabendhaus beeinträchtigt sei und die Stellung der geplanten Gebäude den Konflikt vermindere.

Zur Situation in der Grothestraße merkt er an, dass keine Ausgleichsmaßnahmen erforderlich seien, da es sich um eine nach § 34 BauGB genehmigte Maßnahme handle.

Herr Guthier nimmt Bezug auf die Frage des Herrn Betz und erklärt, dass das Vorhaben nach § 34 BauGB zu beurteilen sei. Die Vorschrift regle die Zulässigkeit von Vorhaben im sogenannten „unbeplanten Innenbereich“.

Richtigerweise prüfe die Verwaltung die Genehmigungsfähigkeit derartiger Vorhaben nach Recht und Gesetz und mache eine Genehmigung nicht davon abhängig, ob eine Klage zu erwarten sei. Wenn aber die Verwaltung das beabsichtigte Bauvorhaben zu Unrecht ablehnen würde, könne der Grundstückseigentümer seinen Anspruch tatsächlich vor Gericht erstreiten.

Zum Thema Friedhof führt Herr Guthier ergänzend aus, dass hier der Flächeneigentümer gefragt sei. Jedoch sei es üblich, dass in derartigen Fällen eines historischen Friedhofs noch vorgefundene sterbliche Überreste geborgen und angemessen neu bestattet würden. So sei auch in einem Fall in der jüngsten Vergangenheit im Bereich der Christuskirche verfahren worden. Im vorliegenden Fall sei die Ruhefrist des letzten Grabes im Jahre 1996 abgelaufen.

Herr Sormund greift die Fragestellung zur Verkehrsführung während der Bauphase und nach Fertigstellung des Bauvorhabens auf. Sicher werden während der Bauphase Beeinträchtigungen entstehen, wie sie bei jedem Bauprojekt in dieser Phase vorkommen. Die Verwaltung rechne aber nicht mit gravierenden Beeinträchtigungen und werde diese durch entsprechende Regelungen so gut wie möglich steuern. Da das Verkehrsaufkommen an der betroffenen Stelle aber nicht sehr hoch sei, werden langfristig keine Probleme erwartet.

Herr Betz trägt noch eine Anmerkung zum Klima nach. Durch das Bauvorhaben werde nicht – wie zu lesen war – eine Baulücke geschlossen, sondern es betreffe die offene Seite des Parkes. Dies wiederum wirke sich für den gesamten Park nachteilig aus.

Frau Wiesbrock bedauert, dass es in Schwelm keine Baumschutzsatzung mehr gebe und erkundigt sich, ob nicht bei einem Grundstücksverkauf vom Eigentümer oder von Seiten der Stadt gewisse Auflagen gemacht werden könnten.

Herr Guthier stellt klar, dass es sich um ein Grundstücksgeschäft zwischen zwei Privatparteien handle; hier habe die Stadt keine weiteren Befugnisse.

Herr Neumann fragt, wie viele Bäume im vorliegenden Fall betroffen seien.

Herr Peter als Anwohner der Viktoriastr. 17 erklärt, dass er von seiner Wohnung aus genau in den Park blicke und schätzungsweise 10 bis 15 Bäume von dem Bauvorhaben betroffen seien. Er führt kritisch die Aussage aus der Vorlage an, dass sich die Stadt Schwelm durch das Fällen der Bäume und Verwirklichung des Bauvorhabens die Einsparung von jährlich 3.000 € Pflegekosten verspreche.

<b>5</b>	<b>Mitteilungen des Bürgermeisters</b>	
----------	--	--

Herr Schweinsberg teilt mit, dass die neue Kreisumlage inzwischen bekannt und per Email an die Fraktionsvorsitzenden und Mitglieder des Finanzausschusses mitgeteilt worden sei. Die Auswirkungen werden in die 3. Änderungsliste eingearbeitet.

Anschließend berichtet er, dass diese Woche ein interfraktionelles Gespräch zum Thema Schule stattgefunden habe und dort vorgeschlagen wurde, die für den 15.01.2013 geplante Sitzung auf den 05.02.2013 zu verschieben. Der neue Termin kollidiere zwar mit der Sitzung des Koordinierungskreis Ausländischer Mitbürger, aber es gebe hinsichtlich der Ausschussbesetzungen keine Mitgliederüberschneidung.

Nachdem kein Widerspruch zu vernehmen ist stellt Herr Schweinsberg dies als Zustimmung zur Verlegung fest.

<b>6</b>	<b>Bestellung eines neuen stellv. stimmberechtigten Mitglieds</b>	<b>240/2012</b>
----------	---	-----------------

**Beschluss:**

Als neues stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied für den JHA soll aus dem Caritasverband Herr Dominik Spanke durch den Rat bestellt werden.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

**NB: Bürgermeister**

Herr Philipp war während der Abstimmung nicht anwesend.

<b>7</b>	<b>Bestellung eines neuen beratenden Mitglieds</b>	<b>239/2012</b>
----------	--	-----------------

Kenntnisnahme festgestellt !

<b>8</b>	<b>Berufung eines/r ausländischen Mitbürgers/in als sachkundige/r Einwohner/in im Jugendhilfeausschuss</b>	<b>216/2012</b>
----------	--	-----------------

**Beschluss:**

Die in der Vorlage aufgeführten ausländischen Mitbürger werden als sachkundige Einwohner bzw. als Vertreter mit beratender Stimme in den Jugendhilfeausschuss berufen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

**NB: Bürgermeister**

Herr Philipp war während der Abstimmung nicht anwesend.

<b>9</b>	<b>Ausschussumbesetzung</b>	<b>252/2012/1</b>
----------	-----------------------------	-------------------

**Beschluss:**

Die in Vorlage 252/2012/1 vorgeschlagenen Ausschussumbesetzungen werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	1

**NB: Bürgermeister**

<b>10</b>	<b>Bürgerantrag gem. § 24 GO NRW- Unterschriftensammlung für die Wiederherstellung der alten Einbahnstraßenregelung der Bismarckstraße</b>	<b>213/2012/1</b>
-----------	--	-------------------

Herr Stobbe schlägt analog zur Entscheidung im Hauptausschuss vor, die Angelegenheit in den Ausschuss für Umwelt- und Stadtentwicklung zu verweisen. Der Rat signalisiert hierzu seine Zustimmung.

<b>11</b>	<b>Schwelm - Stadt der Nachbarschaften; Ergänzungs- Antrag der CDU-Fraktion vom 28.11.2012</b>	<b>189/2012/1</b>
-----------	--	-------------------

Herr Kampschulte bezieht sich auf die im Hauptausschuss und diversen Foren geführte Diskussion. Der ergänzende Antrag der CDU solle die verschiedenen dargestellten Vorschläge verbinden und bezugnehmend auf die Ausführungen des Herrn Kirschner im Hauptausschuss der besonderen Bedeutung Schwelms als Kreisstadt Rechnung tragen.

Nach Auffassung der CDU-Fraktion sei aber der Zusatz „Kreisstadt“ anders zu bewerten, als der Zusatz „Stadt der Nachbarschaften“. Der erste sei bereits schon jetzt nach § 13 Abs. 2 GO NRW möglich, anders, als der ergänzende Zusatz, der seine Regelung in § 13 Abs. 3 GO NRW finde.

Mit dem Zusatz „Stadt der Nachbarschaften“ würdige man die Bedeutung der Nachbarschaften, die sich sehr für das Schwelmer Gemeinwohl verdient gemacht haben und verdient machen. Sie kommen einer besonderen sozialen Verantwortung nach. Herr Kampschulte verdeutlicht dies durch diverse Beispiele. Sie helfen, Tradition zu bewahren und Zukunft zu gestalten. Mit der Beschlussfassung nach § 13 Abs. 3 GO NRW, unterstreiche der Rat der Stadt Schwelm dieses große Engagement. Herr Kampschulte appelliert daher dafür, den Antrag aus vorgenannten Gründen zu unterstützen.

Herr Kirschner pflichtet Herrn Kampschulte hinsichtlich der Bedeutung der Schwelmer Nachbarschaften bei. Die Nachbarschaften seien ein wesentliches Rückgrat der Gesellschaft und des Miteinanders in Schwelm.

Andererseits stelle sich aber für ihn die Frage, welche Wirkung mit einem derartigen Namenszusatz „Stadt der Nachbarschaften“ erzielt werde und wie die Darstellung Schwelms in der Außenwelt ankomme. Er habe die Sorge, dass man den Zusatz in der Außenwelt nicht verstehen oder so interpretieren werde wie z.B. Stadt der Ortsteile. Anders als der Zusatz „Fernuniversität“, der sich von selbst erkläre, befürchte er, dass der Zusatz nicht vermittele, was man nach außen darstellen wolle. Wenn man schon an dem Punkt stehe, einen Namenszusatz zu überlegen, solle man etwas benennen, dass den Standortfaktor ausmache. In Schwelm gebe es viele besondere Dinge wie z.B. die Christuskirche oder das Haus Marfeld, aber nicht alles eigne sich für einen derartigen Namenszusatz.

Herr Kirschner erklärt, dass er den im Hauptausschuss vorgetragenen Vorschlag, organisiert in die Bevölkerung hineinzuhören und nicht a priori eine so weitreichende Entscheidung zu treffen, begrüße. Er beantragt getrennte Beschlussfassung über die Punkte 1 bis 3 des Ergänzungsantrags der CDU, da so die Möglichkeit bestehe, den Namenszusatz „Kreisstadt“ schon zu beschließen und über den weiteren Zusatz nachzudenken.

Herr Feldmann wendet ein, dass er die Kosten, die mit der Umsetzung eines Namenszusatzes einhergehen, nicht kenne und schlägt vor, den Nachbarschaften den aufzuwendenden Betrag als bare Unterstützung zukommen zu lassen.

Herr Flühöh erläutert die Herangehensweise der CDU-Fraktion an die Thematik. Es gehe nicht darum, den Nachbarschaften zu helfen, sondern eine Identifikation nach außen zu schaffen.

Für Herrn Kranz haben sich aus der geführten Diskussion keine neuen Argumente ergeben. Da ihn aber die der Antragsteller mehr überzeugen, wird er dem Antrag zustimmen.

Herr Dr. Bockelmann erklärt, dass er sich in Wikipedia die Ausführungen zu Schwelm angesehen habe und selbst dort die Bedeutung der Nachbarschaften für Schwelm als herausragend bezeichnet werden. Daher werde auch er dem Antrag zustimmen.

Herr Schwunk führt aus, warum sich die FDP-Fraktion der Stimme enthalten werde. Eine derartige Entscheidung sollte den Bürger einbinden und nicht übereilt werden.

Frau Lubitz stimmt dem Vorschlag des Herrn Kirschner, den Bürger zu beteiligen, zu. Allerdings sollte der Zusatz „Kreisstadt“ noch nicht beschlossen und umgesetzt werden, um nicht alle Schilder ggf. nach Hinzukommen eines weiteren Namenszusatzes erneut austauschen zu müssen.

Herr Gießwein stellt den Antrag auf Schluss der Debatte.

Bezugnehmend auf den Antrags des Herrn Kirschner ruft der Bürgermeister zur getrennten Abstimmung über die Punkte 1 und 2 (Punkt 3 steht im Zusammenhang zu Punkt 2) des CDU-Antrages auf.

### **Abstimmung über Punkt 1 des CDU-Antrages:**

*„Der Rat der Stadt Schwelm beschließt, dass die Stadt Schwelm zukünftig den „Namen“ Kreisstadt Schwelm - Stadt der Nachbarschaften trägt.“*

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	17
	dagegen:	8
	Enthaltungen:	14

- abgelehnt – keine  $\frac{3}{4}$ -Mehrheit –

## Abstimmung über Punkt 2 des CDU-Antrages:

*„Die Stadt Schwelm führt künftig die Bezeichnung „Kreisstadt“ im Sinne des § 13 Abs. 2 GO NRW sowie die Bezeichnung „Stadt der Nachbarschaften“ im Sinne des § 13 Abs. 3 GO NRW.“*

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	13
	dagegen:	15
	Enthaltungen:	11

- abgelehnt -

Herr Schwunk beantragt, eine Bürgerbefragung zu einem Namenszusatz nach § 13 Abs. 3 GO NRW durchzuführen.

Der Bürgermeister schlägt vor, den Antrag aufzunehmen und für die nächste Sitzungsrunde AUS – HA – Rat 03/2013 vorzusehen.

<b>12</b>	<b>Errichtung von zwei Mehrfamilienwohnhäusern Döinghauser Straße - Antrag der FDP-Fraktion vom 06.07.2012 Bebauungsplan "Parkfläche sichern"</b>	<b>193/2012</b>
-----------	---	-----------------

Herr Schwunk bittet nachdrücklich, dem Antrag der FDP zuzustimmen. Es gehe hier um eine wichtige Frage für die Stadt Schwelm und darum, wie man durch Aufstellen eines Bebauungsplanes für die Stadt Schwelm Negatives verhindern könne. Die einzige rechtliche Möglichkeit sei, festzulegen, wo gebaut werden dürfe und Erlass einer Veränderungssperre. Die FDP-Fraktion halte dies auch im Hinblick auf die anderen Parkflächen in Schwelm für eine wichtige Signalwirkung.

Da andere Flächen vorhanden seien, gebe es keine Notwendigkeit, den Park zu bebauen. Auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit, den Bürgern den Park wegzunehmen, sei nicht erkennbar. Die Funktion die der Park heute für den Bürger habe, werde abgeschnitten und der Park zum Hinterhof einer Altenwohnanlage. Die klimatischen Auswirkungen würden erst im weiteren Bebauungsverfahren geprüft. Aber dann sind 15 Bäume unwiederbringlich gefällt. Dieses müsse dann der Eigentümer mit sich selbst ausmachen. Zu begrüßen wäre, wenn der öffentliche Träger wie die Kirche sensibler mit dem Thema umginge, als sie dies tue. Herr Schwunk appelliert, die Chance zu nutzen.

Herr Philipp erläutert, dass der Tagesordnungspunkt drei Aspekte miteinander verknüpfe, die entwirrt werden müssten. Der erste Aspekt beginne mit der im nichtöffentlichen Sitzungsteil des Ausschusses für Umwelt- und Stadtentwicklung (AUS), in der das Projekt der Hans-Grünwald-Stiftung vorgestellt worden sei. Das Projekt stieß auch bei ihm selbst zunächst nicht auf Begeisterung. Die SPD habe dann aber Kontakt zur Hans-Grünwald-Stiftung aufgenommen und einen Ortstermin vereinbart. Bei diesem wurde schnell klar, dass das Projekt stark auf sämtliche Bedürfnisse eingehe. So wurden die Häuser nach vorne gesetzt und der Weg zum restlichen Park erhalten. Die Planung wäre auch nie ohne die Anbindung zum Feierabendhaus entstanden. Zu begrüßen wäre, wenn die Kirche das restliche Grundstück der Stadt überlassen würde, damit der restliche Park erhalten bliebe.

Auf das Angebot der Hans-Grünwald-Stiftung hin wurde das Vorhaben dann am 02.10.2012 im AUS ausführlich erläutert.

Ein weiterer Aspekt sei, wie die FDP am 06.07.2012 mit den bekannten Fakten aus nichtöffentlicher Sitzung umgegangen sei, und zwar in Form der Veröffentlichung in den lokalen Medien am 11.07.2012. Die Veröffentlichung ließ fälschlicherweise den Gedanken aufkommen, dass der gesamte Blücherpark bebaut werden solle. Dies führte daraufhin zu den Stellungnahmen der AGU und des Vereins für Heimatkunde. Aus den bis dahin geführten Beratungen kristallisierte sich deutlich eine breite Zustimmung der Politik zu dem Projekt heraus. Dabei waren die Stellungnahmen der AGU und des Vereins für Heimatkunde sehr hilfreich. Herr Philipp betont, dass es sich insgesamt bei dem Vorhaben der Hans-Grünwald-Stiftung mit der Anbindung an das Feierabendhauses um eine sehr sinnvolle Planung handle, dem die SPD-Fraktion ihre Zustimmung geben werde.

Herr Flüshöh verweist nochmals auf seine Ausführungen im Hauptausschuss, dass die CDU-Fraktion in der Angelegenheit nicht einheitlich abstimmen werde. Ausgangspunkt sei eine Fläche, die im Eigentum der Kirche stehe und man dem Eigentümer gestatten müsse, damit im Rahmen des Zulässigen zu verfahren. Um einschreiten zu können, bedarf es wichtiger Gründe. Die vorgetragenen Argumente habe man in der CDU-Fraktion abgewogen und die einzelnen Mitglieder seien zu unterschiedlichen Auffassungen gelangt.

Herr Weidenfeld schildert aus den Fraktionssitzungen von B'90/Die Grünen, dass es auch in mehreren Sitzungen nicht gelungen sei, zu einer einheitlichen Meinung zu kommen. Bei dem Komplex in der Hauptstraße habe man gesehen, wie schwer es gewesen sei, eine barrierefreie Wohnung zu bekommen. Ein starker Aspekt für das Bauvorhaben sei das sensibel angelegte Konzept der Hans-Grünwald-Stiftung, das im Innenbereich moderat Flächen beanspruche, für die im Außenbereich wesentlich mehr Fläche verbraucht würde. Der Park und die Klimafunktion bleiben im Wesentlichen erhalten. Das Vorhaben füge sich insgesamt ideal in das Gelände ein. Der Antrag der FDP habe seiner Auffassung nach eine sehr eingeschränkte Sichtweise. Er bittet, sich unter Abwägung auch der sozialen Aspekte für das Bauvorhaben zu entscheiden.

Herr Feldmann bemängelt, dass das seinerzeit für viel Geld erstellte Luftgütegutachten bei Baumaßnahmen keine Anwendung finde. Der Aspekt ‚Wohnraum für das selbständige Leben bis ins hohe Lebensalter‘ sei auch für die Fraktion DIE LINKE. ein wichtiger Aspekt. Aber derartiger Lebensraum müsse überall in Schwelm zu finden sein. Er spreche sich daher für die Einführung eines Quartiermanagements aus, um eine flächendeckende Versorgung sicher zu stellen.

Für Herrn Kranz sprechen drei Argumente für das Bauvorhaben. Zum einen, dass es sich um Privatgelände handle, zum zweiten die sinnvolle Verbindung zum Feierabendhaus und zum dritten das durchgängige Konzept der Bebauung. Die SWG-Fraktion werde daher für das Bauvorhaben stimmen.

Herr Rüttershoff erklärt, warum sich einige Mitglieder der CDU-Fraktion gegen die Bebauung ausgesprochen haben. Diese Entscheidung sei nicht leicht gefallen, aber der Aspekt, dass Gräber umgebettet werden müssen, konnten einige mit ihrem christlichen Denken nicht vereinbaren.

Herr Kampschulte erinnert an seine Frage aus dem Hauptausschuss, ob geprüft worden sei, den Gebäudekomplex auf dem Grundstück des Feierabendhauses unterzubringen. Des weiteren erkundigt er sich, ob von der Umbettung der drei Gräbern auch das Grab des Ehrenbürgers Wilhelm Tobien betroffen sei.

Herr Schweinsberg antwortet, dass nach dem Hauptausschuss kein Gespräch mehr mit der Kirche stattgefunden habe. Die Frage nach dem Grab des Ehrenbürgers Wilhelm Tobien müsse geprüft werden.

*Antwort der Verwaltung zur Grabstätte des Ehrenbürgers Wilhelm Tobien:  
Der Grabstein des Ehrenbürgers Tobien wurde 2004 in den Bereich der Ehrengräber an der Trauerhalle Oehde umgesetzt (und bei dieser Gelegenheit durch die Erfurt-Stiftung aufgearbeitet).*

Bürgermeister Stobbe erläutert daraufhin nochmals die Zielsetzung des FDP-Antrages und ruft zur Abstimmung hierüber auf.

**Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt Schwelm beschließt die Aufstellung eines Bebauungsplans zu der Parkfläche Döinghauser- /Bahnhofstr.
2. Der Rat der Stadt Schwelm beschließt eine Veränderungssperre.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	15
	dagegen:	22
	Enthaltungen:	2

<b>13</b>	<b>Entwicklung Baugebiet Winterberg</b>	
-----------	---	--

Der Bürgermeister schlägt – wie in der Sitzung des Hauptausschusses am 15.11.2012 vereinbart wurde – die Vertagung des Themenkomplexes in den AUS am 22.01.2013 vor. Diesem Vorschlag wird zugestimmt.

<b>14</b>	<b>Aufgabenanalyse Stadtgrün</b>	<b>228/2012</b>
-----------	----------------------------------	-----------------

**Beschluss:**

Die mit Vorlage der Verwaltung Nr. 140/2012 eingebrachte „Aufgabenanalyse Stadtgrün“ der TBS AöR ist die allgemein anerkannte Grundlage für den Arbeitsauftrag der Verwaltung an die TBS AöR.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	27
	dagegen:	8
	Enthaltungen:	

Frau Lubitz und die Herren Grüntker, Kick und Rüttershoff waren bei der Abstimmung nicht anwesend.

<b>15</b>	<b>Verwendung des Jahresüberschusses der Städt. Sparkasse zu Schwelm aus dem Geschäftsjahr 2011</b>	<b>149/2012</b>
-----------	---	-----------------

**Beschluss:**

Der Jahresüberschuss der Städt. Sparkasse zu Schwelm in Höhe von insgesamt 967.375,06 EUR aus dem Geschäftsjahr 2011 wird

- a) in Höhe von 415.799,29 EUR an den Träger (Stadt Schwelm) ausgeschüttet
  - davon Steuern: 65.799,29 EUR
  - davon Nettoausschüttung: 350.000,00 EUR
- b) in Höhe von 551.575,77 EUR in die Sicherheitsrücklage der Städt. Sparkasse eingestellt.

In die freie Rücklage bzw. in den Gewinnvortrag werden keine Beträge eingestellt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	33
	dagegen:	4
	Enthaltungen:	

Die Herren Grüntker und Kick waren während der Abstimmung nicht anwesend.

<b>16</b>	<b>Liquiditätskredite 2012</b>	<b>169/2012/2</b>
-----------	--------------------------------	-------------------

Herr Schweinsberg leitet ein, dass in der Zinsentwicklung ein marginaler Anstieg zu der letzten Sitzung zu verzeichnen gewesen sei und keine Erkenntnisse darüber vorliegen, wie die weitere Entwicklung aussehen werde. Im übrigen verweist er auf die Beratungen im Vorfeld.

Herr Gießwein fügt hinzu, dass man sich in ein paar Jahren darüber unterhalten müsse, was richtig oder falsch gewesen sei. Da zur Zeit keine gravierenden Zinsschwankungen nach oben zu erwarten seien, votiere Fraktion B'90/Die Grünen unter Verweis auf die im Finanzausschuss gemachten Ausführungen für Variante B.

Herr Weidenfeld erkundigt sich nach einem kommunalen Rating und ob sich die Zinssätze ggf. ändern könnten.

Herr Schweinsberg antwortet, dass ein derartiges Rating quasi schon stattfinde und die „Stufe-1-Kommunen“ andere Zinssätze erhalten als andere.

Herr Flühöh erläutert, warum sich die CDU-Fraktion für Variante C aussprechen werde.

Auf Vorschlag des Kämmerers ruft Herr Stobbe zunächst zur Abstimmung über Variante C auf.

Nach anschließendem Abstimmungsergebnis sind die beiden weiteren Varianten obsolet.

**Beschluss:**

Liquiditätskredite werden weiterhin für einen kurzfristigen Zeitraum aufgenommen. Auf eine langfristige Festlegung wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	20
	dagegen:	19
	Enthaltungen:	

<b>17</b>	<b>Satzung der Stadt Schwelm über die Festsetzung des Höchstbetrages der Kredite zur Liquiditätssicherung für das Haushaltsjahr 2013</b>	<b>243/2012</b>
-----------	--	-----------------

**Beschluss:**

Die als Anlage beigefügte Satzung über die Festsetzung des Höchstbetrages der Kredite zur Liquiditätssicherung für das Haushaltsjahr 2013 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

<b>18</b>	<b>Beteiligung der Wirtschaftsförderungsagentur Ennepe-Ruhr GmbH an der agentur mark GmbH</b>	<b>178/2012</b>
-----------	---	-----------------

**Beschluss:**

Der Beteiligung der Wirtschaftsförderungsagentur Ennepe-Ruhr GmbH an der ‚agentur mark GmbH‘ mit einem Geschäftsanteil von 1.000,00 € wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	25
	dagegen:	13
	Enthaltungen:	

Herr Flüshöh war während der Abstimmung nicht anwesend.

<b>19</b>	<b>Feststellung des Jahresabschlusses 2008 und Entlastung des Bürgermeisters</b>	<b>227/2012</b>
-----------	--	-----------------

Bürgermeister Stobbe übergibt die Sitzungsleitung an Frau Sartor.

**Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt Schwelm stellt den vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Jahresabschluss 2008 in der Fassung vom 15.08.2012 gem. § 96 Abs. 1 GO S. 1 GO NRW fest.

2. Die Ratsmitglieder erteilen dem Bürgermeister gem. § 96 Abs. 1 S. 4 GO NRW für den Jahresabschluss 2008 eine vorbehaltlose Entlastung.
3. Der für 2008 ermittelte Jahresfehlbetrag in Höhe von 5.092.527,33 € wird durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

**NB: Bürgermeister**

Herr Flüshöh war während der Abstimmung nicht anwesend.

Nach erfolgter Abstimmung übergibt Frau Sartor die Sitzungsleitung zurück an den Bürgermeister.

<b>20</b>	<b>Einsparvorschläge der Fraktionen</b>	<b>236/2012</b>
-----------	---	-----------------

Herr Stobbe erläutert, dass zunächst eine weitere Beratung der Einsparvorschläge im Finanzausschuss am 12.12.2012 vorgesehen sei und schlägt daher die Vertagung des Tagesordnungspunktes vor.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

<b>21</b>	<b>Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen im Produkt 08.01.01 - "Eigene Sportstätten"</b>	<b>202/2012</b>
-----------	--	-----------------

Herr Stobbe erläutert, dass die Beratung der Vorlage 202/2012 der Gesamtberatung der Einsparvorschläge unterworfen sei und schlägt daher ebenfalls die Vertagung vor.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

Die Herren Philipp und Stark waren während der Abstimmung nicht anwesend.

<b>22</b>	<b>Beratungsergebnisse der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) NRW im Rahmen des "Stärkungspaktes Stadtfinanzen"</b>	<b>251/2012</b>
-----------	--	-----------------

Kenntnisnahme festgestellt !

<b>23</b>	<b>Gesellschaft für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung Schwelm - GmbH &amp; Co. KG bzw. Beteiligungsgesellschaft mbH - Wahl eines Wirtschaftsprüfers</b>	<b>246/2012</b>
-----------	---	-----------------

**Beschluss:**

Dem Vorschlag des Aufsichtsrates zur Wahl eines Wirtschaftsprüfers für das Geschäftsjahr 2012 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

Die Herren Philipp und Stark waren während der Abstimmung nicht anwesend.

<b>24</b>	<b>Konzept Frühe Hilfen/Präventionsketten</b>	<b>161/2012</b>
-----------	---	-----------------

Bürgermeister Stobbe schlägt an dieser Stelle die Vertagung vor, da die Angelegenheit im Hauptausschuss am 15.11.2012 zum Jugendhilfeausschuss zurückverwiesen wurde.

Auf die Forderung des Herrn Gießwein, für den Fall der Vertagung eine Erhöhung des Ansatzes für den Bereich der frühen Hilfen in die nächste Änderungsliste aufzunehmen, teilt Herr Schweinsberg mit, dass von Seiten der Verwaltung bereits versucht werde, einen Betrag zu ermitteln und in die 3. Änderungsliste aufzunehmen.

Anschließend ruft Herr Stobbe zur Abstimmung über die vorgeschlagene Vertagung auf.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	36
	dagegen:	2
	Enthaltungen:	

Herr Philipp war während der Abstimmung nicht anwesend.

<b>25</b>	<b>Einrichtung einer begleiteten Krabbelgruppe als präventive Maßnahme im Bereich der Frühen Hilfen</b>	<b>186/2012</b>
-----------	---	-----------------

Herr Gießwein bittet die Verwaltung, der AG 78 dringend zu erläutern, warum die Angelegenheit trotz vorhandenem Deckungsvorschlag einen derartigen Verlauf genommen habe.

**Beschluss:**

Die zur Einrichtung einer sozialpädagogisch begleiteten Gruppe „Junge Mütter“ notwendigen Mittel sollen entsprechend der Vorlage zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	21
	dagegen:	12
	Enthaltungen:	5

Frau Tempel war während der Abstimmung nicht anwesend.

Einleitend gibt Bürgermeister Stobbe sein Statement zu dem Thema „Regionaler Konsens zur Errichtung einer Sekundarschule in Ennepetal“ ab. *Das Statement ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.*

Herr Flühöh erläutert im Anschluss, warum sich die CDU-Fraktion für die Herstellung des Einvernehmens mit Ennepetal aussprechen werde.

Aus seiner Sicht haben Politik und Bürgermeister in Ennepetal für sich die Notwendigkeit einer Entscheidung erkannt, gemeinsam voran getrieben und letztendlich die Bildung der Sekundarschule im Schulausschuss einstimmig beschlossen.

Schwelm habe diese Entscheidung aus verschiedenen Gründen noch nicht getroffen. Aber egal wie Ennepetal sich entscheiden werde, habe dies keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Situation in Schwelm. Dies werde auch durch das Gutachten von Herr Dr. Rösner bestätigt.

Herr Flühöh führt weiter aus, dass er auch nicht sehe, dass eine Kooperation mit einer möglichen Schwelmer Sekundarschule unmöglich sei.

Den Weg für gemeinsame Überlegungen mit Ennepetal und Gevelsberg sehe er jedoch nicht. Herr Flühöh begründet dies mit dem Verhalten des Bürgermeisters Herrn Jacobi aus Gevelsberg.

Die CDU Fraktionen der drei Städte haben seiner Zeit einen Antrag gestellt und wollten damit eine Brücke bauen .

Leider habe der Gevelsberger Bürgermeister ohne mit den Fraktionsvorsitzenden zu telefonieren den Vorschlag vom Tisch gewischt. Diese Vorgehen bewertet Herr Flühöh als unprofessionell und jegliche Bereitschaft zerstörend. Eine interkommunale Abstimmung über eine Schulform kann es aufgrund der unterschiedlichen Positionen nicht geben.

Mit der Herstellung des Einvernehmens hätten zumindest die Eltern und Kinder in Ennepetal die erforderliche Planungssicherheit.

Herr Gießwein wendet zu dem von Herrn Flühöh angeführten CDU-Antrag ein, dass dieser dem Elternwillen widerspreche. Der Elternwille ziele auf möglichst kurze Wege ab. Nur wenn man ein „Monster-Schulzentrum“ anstrebe, sei das Einvernehmen mit Ennepetal der richtige Weg.

Innerhalb der Fraktion B'90/Die Grünen hatte man bisher keine Möglichkeit, den Antrag zu beraten. Er erkenne aber, dass eine Zustimmung zum Vorgehen der Stadt Ennepetal lediglich dem CDU-Antrag auf interkommunale Zusammenarbeit zum gemeinsamen Schulstandort in die Hände spiele. Schulentwicklung sollte interkommunal geschehen. Ennepetal sei hier aber ausgesichert. Für Ennepetal sei der eingeschlagene Weg vielleicht der richtige, aber man sollte Ennepetal nicht noch dafür belohnen, dass das Vorpreschen nun alle übrigen Kommunen im Regen stehen lasse. Die Sekundarstufe in Ennepetal nehme Schwelm die Schüler weg. Die Schülerzahl in der Realschule sei schon jetzt gering.

Herr Stobbe weist darauf hin, dass man sich zwei Dinge deutlich machen müsse. Zum einen habe keiner ein Interesse daran, die Sekundarstufe in Ennepetal zu verhindern. Aber es sei auch nicht einzusehen, dass Schwelm hinterherhinken müsse. Vielmehr sollten sich die drei Südkreisstädte zusammensetzen und überlegen, wie sie weiter in der Angelegenheit vorgehen wollen. Er stellt die Frage,

warum diese Chance aufgegeben werden solle und gibt zu bedenken, welcher Diskussion man sich im Falle des Einvernehmens stellen müsse. Der zweite Aspekt sei, mit allen drei Kommunen auf gleicher Augenhöhe starten zu können.

Herr Schwunk räumt ein, dass eine interkommunale Absprache sicher sinnvoll gewesen wäre, man für eine solche aber Partner benötige. So wie die Stadt Ennepetal vorgeprescht sei, sehe er selbst keinen Sinn mehr, in Verhandlungen mit der Nachbarstadt zu treten. Ennepetal wird mit der Sekundarstufe starten und Schwelm müsse sich fragen, wie es diesen Weg auch einschlagen wolle. Durch das Herstellen des Einvernehmens mit Ennepetal werden klare Fakten geschaffen.

Frau Lubitz erklärt, dass die Fraktion DIE LINKE. – sie selbst nur schweren Herzens - der Verwaltungsvorlage zustimmen werden und begründet ihre persönliche Haltung.

Abschließend appelliert Bürgermeister Stobbe, die sich hier bietende Chance zu ergreifen, in dem man das Einvernehmen nicht herstelle. Werde der Beschlussvorschlag nicht mit Mehrheit gefasst, so gelte das Einvernehmen wegen Fristablaufs automatisch als gegeben.

### **Beschluss:**

Rat empfiehlt der Verwaltung den regionalen Konsens zur Errichtung einer Sekundarschule in Ennepetal mit dem Ziel abzulehnen das formelle Moderationsverfahren bei der Bezirksregierung in Arnsberg einzuleiten um hierdurch den Start der Sekundarschule in Ennepetal auf das Jahr 2014 zu verschieben

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	19
	dagegen:	20
	Enthaltungen:	

- abgelehnt -

<b>27</b>	<b>Bewilligung einer überplanmäßigen Ausgabe</b>	<b>242/2012</b>
-----------	--	-----------------

### **Beschluss:**

Die überplanmäßige Aufwendung /Auszahlung bei der Buchungsstelle 01.01.15.514100 (Kosten der Beihilfe für Versorgungsempfänger) in Höhe von 350.000 € wird bewilligt.

Die Deckung erfolgt über Minderaufwendungen/auszahlungen im Rahmen des Deckungskreises „Personalaufwendungen“.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

<b>28</b>	<b>Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen im Produkt 01.01.13 - "Gebäudemanagement"</b>	<b>219/2012</b>
-----------	--	-----------------

**Beschluss:**

Bei der Haushaltsstelle 01.01.13.524190 - "Sonstige Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen" werden überplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2012 in Höhe von 80.000,-- EUR bewilligt. Die Deckung ist wie folgt sichergestellt:

10.000,-- EUR durch Minderausgaben bei 01.01.13.525500 -  
"Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens"  
20.000,-- EUR durch Minderausgaben bei 01.01.13.521520 -  
"Wartung technischer Anlagen von Gebäuden"  
50.000,-- EUR durch Mehreinnahmen bei 16.01.01.401300 -  
"Gewerbsteuer"

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	35
	dagegen:	3
	Enthaltungen:	

<b>29</b>	<b>Haushaltsüberschreitung für die Haushaltsstelle 06.03.04.533200 "Eingliederungshilfe in Einrichtungen"</b>	<b>237/2012</b>
-----------	---	-----------------

**Beschluss:**

Bei der Haushaltsstelle 06.03.04.533200 –Soziale Leistungen an natürliche Personen in Einrichtungen- wird eine überplanmäßige Aufwendung/Auszahlung in Höhe von 118.000 € für das Haushaltsjahr 2012 bewilligt. Als Deckung stehen Mehrerträge/-einzahlungen bei der Gewerbesteuer (16.01.01.401300) zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

<b>30</b>	<b>Haushaltsüberschreitung für die Haushaltsstelle 06.01.04.533100 –Soziale Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen-</b>	<b>238/2012</b>
-----------	--	-----------------

**Beschluss:**

Bei der Haushaltsstelle 06.01.04.533100 –Soziale Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen- werden weitere überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen in Höhe von 25.000,- € für das Haushaltsjahr 2012 bewilligt.

Als Deckung stehen Mehrerträge/-einzahlungen bei der Gewerbesteuer (16.01.01.401300) zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

31	Vermietung des städtischen Bühnenmobils	215/2012
----	---	----------

**Beschluss:**

Die Mietkonditionen für das Städtische Bühnenmobil werden, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, zum 01.01.2013 angepasst.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	1

32	<b>a) Jahresabschluss 2011 der Technischen Betriebe Schwelm AöR (nur Verwaltungsrat) b) Ausübung des Weisungsrechtes gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Finanzausschuss und Rat)</b>	123/2012
----	---	----------

Herr Schwunk stellt den Antrag, den Gewinn vollständig an die Stadt abzuführen.

Nach kurzer Erörterung erläutert Herr Schweinsberg, dass der Rat laut Vorlage darüber Beschluss fassen solle, ob er von seinem Weisungsrecht gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung Gebrauch oder keinen Gebrauch mache. Die von Herrn Schwunk dargestellte Auffassung hätte zur Folge, von dem Weisungsrecht Gebrauch zu machen.

Sollte der Rat dies tun, müsse die Vorlage mit dieser Beschlusslage für eine erneute Beschlussfassung des Verwaltungsrates TBS zu diesem zurückverwiesen werden.

Nach dieser Klarstellung ruft der Bürgermeister zur Beschlussfassung über den entsprechenden Beschlussvorschlag aus der Vorlage auf.

**Beschluss des Rates (zu b / Ergebnisverwendung):**

Der Rat der Stadt Schwelm macht von seinem Weisungsrecht gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung keinen Gebrauch.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	29
	dagegen:	9
	Enthaltungen:	

33	<b>a) 6. Nachtrag zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Schwelm (nur Verwaltungsrat) b) Beschluss über die Ausübung des Weisungsrechtes gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Finanzausschuss und Rat)</b>	206/2012
----	--	----------

Herr Schwunk weist vor Abstimmung darauf hin, dass die FDP-Fraktion ihre Zustimmung zu TOP 32 bis 34 ablehne und erläutert warum.

**Beschluss des Rates (zu b):**

Der Rat der Stadt Schwelm macht keinen Gebrauch von seinem Weisungsrecht gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	30
	dagegen:	8
	Enthaltungen:	

<b>34</b>	<b>a) 1. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren in der Stadt Schwelm (nur Verwaltungsrat)</b> <b>b) Beschluss über die Ausübung des Weisungsrechts gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Finanzausschuss und Rat)</b>	<b>207/2012</b>
-----------	---	-----------------

**Beschlussvorschlag des Rates (zu b):**

Der Rat der Stadt Schwelm macht keinen Gebrauch von seinem Weisungsrecht gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	30
	dagegen:	8
	Enthaltungen:	

<b>35</b>	<b>a) 6. Nachtrag zur Gebührensatzung für die Abfallwirtschaft in der Stadt Schwelm (nur Verwaltungsrat)</b> <b>b) Beschluss über die Ausübung des Weisungsrechts gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Finanzausschuss und Rat)</b>	<b>230/2012/1</b>
-----------	---	-------------------

**Beschluss des Rates (zu b):**

Der Rat der Stadt Schwelm macht keinen Gebrauch von seinem Weisungsrecht gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	30
	dagegen:	8
	Enthaltungen:	

<b>36</b>	<b>a) Neufassung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Schwelm (nur Verwaltungsrat)</b> <b>b) Beschluss über die Ausübung des Weisungsrechts gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Finanzausschuss und Rat)</b>	<b>232/2012</b>
-----------	---	-----------------

**Beschluss des Rates (zu b):**

Der Rat der Stadt Schwelm macht keinen Gebrauch von seinem Weisungsrecht gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

<b>37</b>	<b>Erlass einer Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer (Änderungssatzung)</b>	
-----------	--	--

Herr Flüshöh erkundigt sich, ob die zur Zeit gültige Satzung im Falle der Vertagung über den 31.12.2012 hinaus Gültigkeit habe.

Herr Schweinsberg erklärt seine Auffassung, dass dies analog zu den Vorjahren so sei. Andernfalls würde man eine Dringlichkeitsentscheidung erwirken.

Anschließend schlägt Bürgermeister Stobbe unter Bezugnahme auf die bisher geführte Diskussion die Vertagung in den Rat am 14.02.2013 vor. Gleiches gelte für TOP 38.

Anschließend ruft er zur Abstimmung über die Vertagung in die nächste Sitzung auf.

Protokollnotiz der Verwaltung:

***Erlass einer Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Schwelm (Änderungssatzung)***

*§ 25 Abs. 3 Satz 1 Grundsteuergesetz und § 16 Abs. 3 Satz 1 Gewerbesteuergesetz ermächtigen die Stadt durch ausdrückliche gesetzliche Anordnung zu einer rückwirkenden -auch erhöhten- Festsetzung des Hebesatzes bis zum 30. Juni des jeweiligen Steuerjahres. Ein entsprechender Ratsbeschluss für die Hebesatzsatzung 2013 müsste folglich bis spätestens zum 30.06.2013 gefasst werden.*

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

Herr Feldmann war während der Abstimmung nicht anwesend.

<b>38</b>	<b>Haushaltssatzung, Sanierungsplan mit Fortschreibung des Personalwirtschaftskonzeptes, sowie Haushaltsplan mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2013</b>	
-----------	---	--

Siehe Ausführungen zu TOP A 37 !

<b>38.1</b>	<b>Mitteilungen</b>	
-------------	---------------------	--

Der Bürgermeister bittet im Hinblick darauf, dass man sich nach dieser Entscheidung ab Januar 2013 wieder im Nothaushalt befinde, in den nächsten Finanzausschusssitzungen konstruktiv an weiteren Einsparungsmöglichkeiten zu arbeiten.

Ab Januar habe man wieder die erschwerte Situation, mit Prioritätenlisten, Duldungsanträgen etc. arbeiten zu müssen.

Er appelliert daher dringend daran zu arbeiten, am 14.02.2013 einen genehmigungsfähigen Haushalt beschließen zu können.

<b>39</b>	<b>Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung</b>	
-----------	--	--

Herr Steuernagel nimmt Bezug auf die seinerzeit mit der Verwaltung getroffene Vereinbarung, den Gremiumsteilnehmern, die ihre Sitzungsunterlagen in Papierform wünschen, diese auch vollständig als Papieraufbereitungen zur Verfügung zu stellen. Im Finanzausschuss seien Unterlagen ausgeteilt worden, die die übrigen Ratsmitglieder nicht erhalten haben. Des Weiteren seien vom Kämmerer Hochrechnungen zum Einsehen ins Netz hochgeladen worden, zu denen er sich die Frage stellt, wie die Papierempfänger an diese Informationen gelangen sollen.

Herr Stobbe antwortet, dass es hier nur die Möglichkeit gebe, die Zahlen auch in Papierform zuzusenden, gibt aber zu bedenken, dass diese möglicherweise bei Erhalt nicht immer die entsprechende Aktualität besitzen.

Bürgermeister Stobbe gibt nochmals die Absprache zu Protokoll, dass alle Unterlagen den Papierempfängern in Schriftform zuzustellen sind.

Herr Nockemann bezieht sich auf seinen im letzten AUS vorgetragenen Hinweis, dass bei der Brauer hin zum denkmalgeschützten Bereich immer noch eine Tür offen stehe, durch die es bei schlechtem Wetter in den historischen Brauereiteil hineinregne.

Herr Stobbe sichert zu, diese Anregung nochmals weiter zu geben.

Frau Garn hat diese Woche Medienberichten entnommen, dass aufgrund der Umsetzung einer EU-Richtlinie zum Thema Kunst im Kreisverkehr einige Kommunen ihre in Kreisverkehren aufgestellten Kunstwerke wieder abbauen mussten. Sie erkundigt sich, ob dies für Schwelm auch zutreffe.

Bürgermeister Stobbe erwidert, dass Straßen NRW ihre Genehmigung zu dem geplanten Vorhaben gegeben habe. Er bietet jedoch an, dies erneut mit Straßen NRW zu thematisieren und sichert zu, die gewonnenen Erkenntnisse mitzuteilen.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 26 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

**Unterschrift zur Sitzungsniederschrift, ausgenommen zu TOP A 19:**

Schwelm, den 30.11.2012	Schriftführerin gez. Söhner	Der Bürgermeister gez. Stobbe
-------------------------	-----------------------------------	-------------------------------------

**Unterschrift zur Sitzungsniederschrift zu TOP A 19:**

Schwelm, den 30.11.2012	Schriftführerin gez. Söhner	1. stv. Bürgermeisterin gez. Sartor
-------------------------	-----------------------------------	---